

Flüchtlinge Eichenauer Dialog



40 Vertreter von Asylhelferkreisen aus dem Landkreis sind im Eichenauer Rathaus zu einem Gespräch mit Landtags- und Bundestagsabgeordneten zusammengekommen.

(Foto: Carmen Voxbrunner)

Die Asylhelfer im Landkreis sehen sich und die von ihnen Betreuten immer größeren Schwierigkeiten ausgesetzt. Bei einem Gespräch mit Abgeordneten aus Bund und Land wird erneut die als unerträglich geschilderte Situation im sogenannten Ankerzentrum ein Thema

Von Erich C. Setzwein, Eichenau

Unter den noch verbliebenen Asylhelfern im Landkreis breitet sich Unverständnis über den restriktiven Umgang des Landratsamtes mit Arbeits- und Ausbildungsgenehmigungen und Frust über die Verlegung von bereits im Ort integrierten Asylsuchenden in Sammelunterkünfte aus. Zudem entspanne sich die Situation in der früheren Erstaufnahmestelle am Fliegerhorst, dem sogenannten Ankerzentrum, trotz der Ankündigungen der Regierung von Oberbayern nicht. Diese Zwischenbilanz haben am Montagabend mehr als 40 Vertreter von Helferkreisen aus dem Landkreis in einem Gespräch mit Landtags- und Bundestagsabgeordneten in [Eichenau](#) gezogen.

Wohnungen und Unterkünfte

"Unterbringung hat nichts mit Wohnen zu tun", sagte Hans Sautmann, Sprecher der Eichenauer Asylhelfer und Gastgeber des nichtöffentlichen Informationsaustausches mit den Politikern. Und tatsächlich gibt es, wie es die Helfer schildern, momentan die Tendenz zum "Abmieten". Asylbewerber, die bislang in gemieteten Wohnungen in den Orten lebten,

müssten in eine größere Unterkunft umziehen. Das führe zu Spannungen, zum Abbruch der Ausbildung oder Sprachkursen und in nicht wenigen Fällen zu Depressionen. Dass in den Asylunterkünften eine große Zahl von anerkannten Flüchtlingen lebe, die sogenannten Fehlbeleger, mache die Sache noch schlimmer, hieß es. Eichenaus katholischer Pfarrer Martin Bickl forderte deshalb, für die Anerkannten Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Er setzte sich für eine ortsnahe Unterbringung der Menschen aus. Für den SPD-Bundestagsabgeordneten Michael Schrodi, der am Karfreitag das "Ankerzentrum" besuchen möchte, stellt es sich so dar: "Die Situation soll so gestaltet werden, dass die Leute freiwillig zurückgehen."

Arbeit und Ausbildung

Als zweites übergreifendes Thema moderierte Ludger Wahlers aus Puchheim das Thema Arbeits- und Ausbildungssituation. Als großes Problem dabei stellte er heraus, dass nur derjenige arbeiten dürfe, der seine Identität nachweisen könne. Es sei einerseits schwierig, aus bestimmten afrikanischen Ländern überhaupt Papiere für die Flüchtlinge zu bekommen, stellte Wahlers fest, andererseits hätten viele Asylbewerber Angst, nach Feststellung ihrer Identität abgeschoben zu werden. FW-Landtagsabgeordneter Hans Friedl aus Alling zitierte in diesem Zusammenhang den bayerischen Innenminister Joachim Herrmann (CSU), der bei einem Besuch der FW-Fraktion kürzlich angekündigt habe, die Landratsämter bekämen einen größeren Ermessensspielraum. Nur nach dem Ermessen zu handeln, möchte die Landtagsabgeordnete der Grünen, Gabriele Triebel, aber nicht. Sie forderte vom Landratsamt, sich ganz klar an die Gesetze zu halten.

"Ankerzentrum"

Die Situation in der von der Regierung von Oberbayern betriebenen Unterkunft am Fliegerhorst Fürstenfeldbruck ist nach Beschreibung von Andrea Gummert und Dieter Pimiskern von der Caritas "sehr schwierig". Vor allem die Frauen unter den derzeit 800 Bewohnern hätten darunter zu leiden. So könnten keine Schutzräume für Frauen geschaffen werden. Frauen müssten Duschen benutzen, die für alle offen stehen, auch Männer. Für Gummert haben "Familien im Ankerzentrum nichts verloren". Sie berichtete von einem Raum, in dem derzeit 16 Frauen und drei Kleinkinder lebten, wo niemand Ruhe finden könne. Laut Pimiskern leben die Bewohner zwischen drei bis vier Wochen oder bis zu mehreren Monaten in Fürstenfeldbruck.

Situation der Kinder

In den Flüchtlingsunterkünften wachse eine Generation unter für Kinder unwürdigen Zuständen auf, wurde in der Diskussion geäußert. Grünen-Landtagsabgeordneter Martin Runge rief die UN-Kinderrechtskonvention in Erinnerung und seine Fraktionskollegin Triebel machte auf die "zwei bis drei Anfragen" aufmerksam, die sie im Landtag zur Unterbringung von Kindern in Fürstenfeldbruck schon gestellt habe. Der CSU-Landtagsabgeordnete Benjamin Miskowitsch schlug der Runde ein Treffen mit Landrat Thomas Karmasin vor, in dem auf die Zustände aufmerksam gemacht werden könne.

Landratsamt stellt elf Forderungen auf Sonderfall Sandkasten



Im Sand spielen, gehört für viele Kinder zu den frühen Erfahrungen. Das Landratsamt will Flüchtlingskindern lieber Schaukeln bauen.

(Foto: Catherina Hess)

In Eichenau treffen sich Asylhelfer aus dem Landkreis, um sich mit Abgeordneten auszutauschen. Dabei wird auch über ein kleines Projekt für Kinder gesprochen, das im Landratsamt große Auswirkungen ausgelöst hat

Von Erich C. Setzwein, Eichenau

Die Zahl der Asylhelfer im Landkreis nimmt weiter ab. Das hat, wie bei einer Besprechung von Vertretern der Asylhelferkreise am Montagabend in [Eichenau](#) mit Bundes- und Landtagsabgeordneten herauskam, vor allem mit der gesunkenen Zahl der Asylbewerber in den dezentralen Unterkünften zu tun. Immer mehr Asylsuchende würden zentral untergebracht. Einige Ehrenamtliche hätten ihre Arbeit aber auch wegen des sich nicht bessernden Verhältnisses mit dem Landratsamt aufgegeben. Wie strapaziös solche Auseinandersetzungen sein können, zeigt ein Fall, den Wilhelm Fenz, Vorstandsmitglied des Asylhelferkreises Eichenau, den mehr als 40 Zuhörern schilderte.

"Wir haben den Eindruck, dass wir schikaniert werden", fasste Fenz den jüngsten Versuch der Helfer zusammen, vom Landratsamt eine Genehmigung für einen Sandkasten in der Unterkunft am Lindenweg zu bekommen. Dort ist nach der Containeranlage am Schreiberweg im Gewerbegebiet der zweite Standort für Wohncontainer in Eichenau. Jeweils etwa 60 Menschen wohnen in den beiden Unterkünften, darunter etlich Kinder. Um ihnen eine wenig mehr Abwechslung zu verschaffen, hatte man im Helferkreis überlegt, eine Sandkasten zu

bauen. Und weil die Helfer die Kreisbehörde darüber informieren wollten, habe Sprecher Hans Sautmann ein Mail ans Landratsamt geschickt. Fenz zitierte vor den Abgeordneten Michael Schrodi (SPD), Martin Runge (Grüne), Gabriele Triebel (Grüne), Benjamin Miskowitsch (CSU) und Hans Friedl (FW) aus der Antwort aus dem Landratsamt. So sei ein elf Punkte umfassender Forderungskatalog aufgeführt, der erfüllt werden müsse, damit der Einzelfall genehmigt werden können. So verlange die Behörde, dass ein Ansprechpartner des Sandkastenprojekts benannt werde und der genau Ort auf der Grünfläche, auf der der Sandkasten errichtet werden solle. Zudem will das Landratsamt wissen, wie groß der Sandkasten ist, wer ihn beschafft, wer die Kosten für einen Rückbau übernehme und wer bezahle, wenn es Schäden geben. Dazu sei verlangt worden, dass der Sand regelmäßig ausgetauscht werde und dafür ebenfalls ein Kostenträger genannt werden solle. Zu den Voraussetzungen gehöre auch, so Fenz, dass ein Wartungsvertrag für den Sandkasten vorgelegt werde, wenn er vom Landratsamt genehmigt sei. Und schließlich seien "Verantwortungsträger" für die vorgeschriebenen Verkehrssicherungen des Sandkastens zu benennen.

Der Wunsch der Eichenauer, den Kindern etwas Gutes in diesem Sommer zu tun, sei ein Einzelfall, wird argumentiert. denn grundsätzlich gestatte das Landratsamt keine Sandkästen in Asylbewerberunterkünften. Statt dessen sieht man Schaukeln als das geeignetere Spielgerät an. Bei den Zuhörern am Montagabend löste der Beitrag von Fenz dennoch eine gewisse Heiterkeit aus.

Münchner Merkur / Fürstentafelbrucker Tagblatt, 17. April

Kritik an Sammelunterkünften

Asylhelfer schildern Abgeordneten unwürdige Zustände

Grünen-Abgeordneter Martin Runge nannte es ein „ulkiges Format“: Etwa drei Dutzend Asylhelfer saßen in Eichenau mit fünf Politikern zusammen, um ohne große Öffentlichkeit (außer der Presse) über die Situation von Flüchtlingen im Landkreis zu sprechen.

Eichenau – In den zweieinhalb Stunden Diskussion hörte man kaum Polemik und wenig Angriffe auf die Vertreter der Regierungsparteien in Bund und Land. Dabei fiel das Urteil über die Unterbringung der Migrantinnen und den Umgang mit Asylsuchenden größtenteils vernichtend aus: „Menschenunwürdig“ war die am häufigsten gebrauchte Vokabel.

Die Menschen in den großen Unterkünften, zumindest die ohne Arbeitsmöglichkeit, seien frustriert und depressiv. Das eigentlich Erstaunliche sei, dass kaum Schlimmeres passiere, meinte eine Kennerin der Erstaufnahme-Einrichtung auf dem Fliegerhorst. Aber auch aus Germering berichtete ein Ehrenamtlicher von Stromausfällen, die ständig Herd, Kühlschrank und Abwasserpumpe lahmlegen. An Wochenenden aber sei keiner der behördlichen Objektbetreuer erreichbar. Mehrfach habe man beim Landratsamt auf eine Art Notdienst gedrängt, dort werde der Sachverhalt seit Monaten geprüft.

Traumatisierte Kinder

Belastender seien aber die wiederkehrenden nächtlichen Razzien, bei denen nach Drogen oder nach Vätern gesucht werde, die unerlaubterweise – weil in einem anderen Landkreis untergebracht – bei ihren Kindern sein wollen. Selbst der sehr um Objektivität bemühte Gesprächsleiter Ludger Wahlers, sonst beim Puchheimer Podium in der Erwachsenenbildung engagiert, wunderte sich, dass hier traumatisierte Kinder „retraumatisiert“ würden.

Ein besonderes Problem sei die drangvolle Enge in den Unterkünften. Von 16 Personen, darunter drei Kindern, die seit acht Monaten in einem Raum leben, berichtet eine Caritas-Betreuerin. Gleichzeitig würden die Mietverträge für kleinere Wohnungen – aus Kostengründen, wie es heißt – nicht verlängert und die Bewohner in Sammelunterkünfte zurückverlegt. Die Eigentümer solcher Immobilien könnten natürlich auch privat an anerkannte Asylberechtigte vermieten oder an Gemeinde oder Stadt als Zwischenmieter, schlug etwa Grünen-Abgeordneter Gabriele Triebel vor. Nach der „Hetze“ gegen Flüchtlinge im bayerischen Landtagswahlkampf ließen viele Vermieter aber lieber die Finger von solchen Verträgen, meinte eine Brucker Asylhelferin.

Großes Thema: Das Ankerzentrum

Ein großes Thema war noch die [Erstaufnahme-Einrichtung bei Fursty](#), von den Beteiligten kurz Ankerzentrum genannt. Außer Hans Friedl (Freie Wähler), der sich bisher erfolglos um eine Besucherlaubnis bemüht hatte, durften alle Abgeordneten schon mal einen Blick in die Massenunterkunft werfen. Wobei im Publikum die Frage auftauchte, warum sich Parlamentarier als Kontrolleure einer Verwaltung vorschreiben lassen, wann sie worin Einblick gewinnen dürfen. Von Show-Führungen war dann auch die Rede.

Nur Benjamin Miskowitsch (CSU) war sich sicher, bei seiner Visite ohne Presse ein einigermaßen authentisches Bild gewonnen zu haben. Dass es etwa Gemeinschaftsduschen für beide Geschlechter ohne wenigstens Vorhänge gebe, habe er deutlich angesprochen. In Teilen sei es nicht gut, wie die Leute da untergebracht seien.

Sammelunterkünfte

Der CSU-Landtagsneuling war eigentlich gekommen, um zuzuhören und mitzuschreiben, was den Asylhelfern auf den Nägeln brennt. Was die Humanität betreffe, habe er als Feuerwehr- und Rotkreuz-Mann vielleicht manchmal eine andere Sicht als seine Partei.

„Gut, dass ich hier bin und das mitkriege,“ sagte Friedl. Runge warf seinem Berliner Kollegen Michael Schrodi (SPD) vor, in der Großen Koalition eine Politik zu befördern, die Flüchtlinge in Sammelunterkünften zusammenpferche. „Wir verhindern Schlimmeres“, meinte Schrodi. Übereinstimmung gab es schließlich in einem Punkt: Hierzulande eine Ausbildung zu bekommen oder arbeiten zu dürfen, könne nur gut sein. Für die künftige Fachkraft in Deutschland oder den Rückkehrer in seine Heimat. (op)